

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

Ein Lohn, der zum
Leben reicht



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm

Geschäftsführer Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

Bei meiner morgendlichen Zeitungslektüre sprang mir ein Artikel über den neuen Roche-CEO Thomas Schinecker ins Auge. Die Journalistin ist begeistert, zeige sich Herr Schinecker doch unglaublich zugänglich, nahbar und vor allem bescheiden. So wolle er nicht mehr allein im teuren Privatjet fliegen und begnüge sich mit 9,6 Millionen Franken Jahreslohn! Und dies, obwohl sein Konkurrent bei Novartis satte 16,2 Millionen absahnt. Das Lachen über solche Realitätsverschiebungen bleibt mir im Hals stecken, wenn ich an die Realitäten der Menschen in den Solidar-Projekten denke.

In Südafrika werden unsere engagierten Kolleg*innen niedergeschossen, weil sie um 50 Franken höhere Monatslöhne kämpfen, in Kambodscha droht Arbeiter*innen Gefängnis, die sich für Monatslöhne über 200 Franken einsetzen, und auch in Zentralamerika ist die Behandlung von gewerkschaftlichen Demonstrant*innen wenig zimperlich. Dass hart arbeitende Frauen und Männer weltweit ihre Grundbedürfnisse nicht decken können und sogar gezwungen sind, ihre Kinder zur Arbeit statt in die Schule zu schicken, ist ein Skandal – und eine Verletzung ihrer Menschenrechte. Tag für Tag.

Für das Recht dieser Menschen kämpfen wir und sind stolz auf unsere mutigen Mitstreiter*innen in Dhaka, La Paz, Phnomh Penh, Delhi, Maputo und Prishtina. Ich möchte Herr Schinecker nicht zu nahe treten, aber er und seine Firma Roche nehmen das mit den existenzsichernden Löhnen auf Chef*inetage etwas gar ernst. Mit seinem Jahresgehalt könnte Herr Schinecker die Existenz einer einzigen Näherin aus Bangladesch sagenhafte 2000 Jahre lang sichern.

Felix Gnehm

INHALT

04



Im Fokus – Existenzlohn

- 04 Ein Existenz sichernder Lohn ist in den Ländern des Globalen Südens für viele Menschen keine Realität – obwohl er ein Menschenrecht ist.
- 08 Für undokumentierte Arbeitsmigrant*innen auf den Palmölplantagen im malaysischen Sabah liegt ein Lohn, der zum Leben reicht, in weiter Ferne.
- 10 Kinderarbeit und Ausbeutung in der Lederindustrie: In Bangladesch braucht es dringend einen Living Wage.
- 12 Bosnien: Auch in Europa sind Existenzlöhne keine Selbstverständlichkeit.
- 13 Der Austausch von Indira Gartenberg und Ighsaan Schroeder zeigt: In Südostasien und Südafrika sind die Arbeitsbedingungen zunehmend auch bei formellen Anstellungen unsicher.



15 Hingeschaut

2023 hat Solidar Suisse mehr bewirkt als je zuvor.



16 Anpacken

Delmy Argota engagiert sich in Bolivien für eine nachhaltige Nutzung des Regenwalds.

14 Festgehalten

17 Kolumne

18 Sudoku & Medienschau

19 Mitkämpfen & Impressum

IM FOKUS - EXISTENZLOHN





Eine Arbeiterin bei der Qualitätskontrolle in der Infong-Textilfabrik in Pnomh Penh.

Ein Existenz sichernder Lohn ist zentral für ein würdiges Leben – und er ist ein Menschenrecht. Trotzdem ist er in den Ländern des Globalen Südens für viele Menschen keine Realität. Welche Bedürfnisse müssen für eine menschenwürdige Existenz erfüllt sein? Wie wird der Living Wage berechnet? Und welche Bedeutung hat er für Labels, die garantieren, dass ein Produkt entlang der gesamten Lieferkette unter würdigen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde?

EIN LOHN, DER ZUM LEBEN REICHT

Text: Wiranta Ginting, stellvertretender internationaler Koordinator der Asia Floor Wage Alliance, Fotos: Saobora Narin, Fairpicture

In der globalen Arbeiter*innenbewegung wird der Existenzlohn seit Jahrzehnten diskutiert. Die Idee existierte bereits bei der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO im Jahr 1919 und ist ein verbrieftes Menschenrecht. So steht in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948: «Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine menschenwürdige Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmassnahmen.» Am 13. März 2024 hat die ILO in einem neuen Abkommen zum ersten Mal festgehalten, was unter einem Existenzlohn zu verstehen ist: «Das erforderliche Lohnniveau, um Arbeitnehmer*innen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, unter Berücksichtigung landesspezifischer Gegebenheiten und berechnet für die geleistete Arbeit innerhalb der regulären Arbeitszeit.» Gerade Letzteres ist entscheidend:

Der Existenzlohn sollte den Grundbedarf der Arbeiter*innen und ihrer Familien decken.



Ein Existenz sichernder Lohn darf nicht an die Leistung massiver Überstunden gebunden sein.

Ausbeutung in der Textilindustrie

Worum es beim Living Wage geht, lässt sich beispielhaft an der Situation in der asiatischen Bekleidungsindustrie zeigen. Hier setzt sich die Asia Floor Wage Alliance (AFWA) für Existenz sichernde Löhne ein. Denn die Realität der globalen Bekleidungslieferkette ist hart: Internationale Modemarken drohen, ihre Produktion in andere Länder zu verlagern, wenn die Arbeitskosten steigen. Um Wettbewerbsvorteile zu erreichen und die Marken im Land zu halten, drücken die Regierungen die Löhne. Diese Dynamik führt dazu, dass den Beschäftigten Armutslöhne bezahlt werden. Trotz massiver Überstunden reichen

diese nicht aus, um sie und ihre Familien zu ernähren. Gleichzeitig erzielen die Markenunternehmen Milliarden Gewinne.

Existenzsichernder Lohn vs. Mindestlohn

Der Existenzlohn wird oft mit dem Mindestlohn verwechselt. Mit dem gesetzlich festgelegten nationalen Mindestlohn sollen die Arbeitnehmenden die physischen Bedürfnisse befriedigen können, die zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft erforderlich sind. Wie Tabelle 1 zeigt, beträgt er in vielen Ländern nur einen Bruchteil eines Existenzlohns. Zu den Grundbedürfnissen, die er decken muss, gehören Essen, Wasser, Wohnung, Bildung, Transport, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung, Ersparnisse für Unvorhergesehenes und Notfälle sowie Sozialversicherungsleistungen oder Steuern, je nach den unterschiedlichen Lohnnormen und -konventionen in den einzelnen Ländern.

Die Marken müssen ihre Einkaufspraxis ändern

Inzwischen haben Gewerkschaften in der Region die Notwendigkeit eines kollektiven Ansatzes zur Sicherung von Existenz sichernden Löhnen erkannt: Dies führte



Eine Arbeiterin der Textilfabrik Hung Wah in ihrer Unterkunft in Pnomh Penh.

zur Gründung der AFWA im Jahr 2007. Sie will Gewerkschaften im asiatischen Textilsektor über Ländergrenzen hinweg mit Kampagnen und dem Asia-Floor-Wage-Konzept (AFW-Konzept) stärken. Im Gegensatz zu den nationalen Mindestlöhnen beruht dieses auf der Berechnung eines länderübergreifenden Existenzlohns unter Berücksichtigung der Kaufkraft in den einzelnen Ländern. Damit soll dem «Lohnwettbewerb nach unten» zwischen den verschiedenen Ländern entgegengewirkt werden.

Die AFWA fordert die internationalen Marken auf, die Arbeitskosten nicht länger zu drücken, sondern schrittweise die Lücke zwischen Mindest- und Existenzlohn zu schliessen. Damit höhere Löhne möglich sind, müssen sie die Preise, die sie den Lieferant*innen bezahlen, anpassen. Denn ohne eine Änderung der Einkaufspraxis können die Arbeitsbedingungen nicht verbessert werden. Das AFW-Konzept hat in den letzten 15 Jahren internationale Anerkennung gefunden und wurde im jüngsten ILO-Bericht über Lohnpolitik gewürdigt.

Das Asia-Floor-Wage-Konzept

Das AFW-Konzept bildet die Grundlage für angemessene Löhne in der Bekleidungsindustrie in Asien und berücksichtigt die spezifische Situation von Frauen, die in der Textilindustrie die Mehrheit der Arbeiter*innen ausmachen. Die AFWA definiert einen Existenz sichernden Lohn als den Verdienst für eine Standard-Arbeitswoche (nicht mehr als 48 Stunden), der es einer Textilarbeiterin ermöglicht, die Grundbedürfnisse für sich und ihre Familie zu decken. In armen Ländern fallen die Hauptausgaben für Lebensmittel an, wofür von 3000 Kalorien pro Tag und Person ausgegangen wird, während der konkrete Lebensmittelkorb von Land zu Land variiert. Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, dass die gegenwärtigen

Mindestlöhne in den meisten Ländern nur für ungefähr 2000 Kalorien reichen. Die Deckung der weiteren grundlegenden Bedürfnisse der Familie ist schon gar nicht möglich, auch wenn mehrere Personen zum Familieneinkommen beitragen.

Das AFW-Konzept berücksichtigt auch die unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit, die in erster Linie von Frauen geleistet wird. Deshalb wird davon ausgegangen, dass der Lohn einer Arbeiterin z. B. für zwei Erwachsene und zwei Kinder oder für drei Erwachsene reichen muss. Die Schätzungen zur

«Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung.»

Höhe des Existenz sichernden Lohns basieren auf dieser Annahme und auf Umfragen unter Textilarbeiter*innen seitens der Gewerkschaften.

Mit Krisen besser umgehen

Seit der Covid-Krise wird die Frage des Existenz sichernden Lohns für Bekleidungsarbeiter*innen noch wichtiger. Denn diese verschlimmerte ihre Situation zusätzlich. Sie führte zu einer höheren Verschuldung, da die Textilarbeiter*innen sich lebensnotwendige Dinge wie Essen, Unterkunft, Bildung und Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten konnten. Ein Living Wage hätte dies verhindern können und ist von entscheidender Bedeutung, damit die Arbeiter*innen ein würdiges Leben führen und mit zukünftigen Krisen umgehen können.

Tabelle 1: Existenzlöhne und Mindestlöhne im Vergleich

Land	AFW-Existenzlohn 2022 (in CHF)	Aktueller Mindestlohn (in CHF)	Verhältnis Mindest- zu Existenzlohn
Bangladesch	434	102	23 %
Kambodscha	635	185	29 %
Indonesien	461	288	62 %

Quelle: wageindicator.org

Tabelle 2: Kalorienverbrauch und Kalorien-Armutsgrenzen

Land	Tatsächlich pro Kopf und Tag		Kalorien-Armutsgrenze der Regierung
	Kalorien	Ausgaben (in CHF)	
Bangladesch	1950	0.98	2122
Kambodscha	2521	2.71	2200
Indonesien	2148	1.62	2150

Quelle: AFWA-Konsumerhebung 2022



ARMUTSLÖHNE IN DER PALMÖLINDUSTRIE

Ein Existenz sichernder Lohn liegt für undokumentierte Arbeitsmigrant*innen auf den Palmölplantagen im malaysischen Sabah in weiter Ferne. Und die Palmölindustrie ist nicht bereit, daran etwas zu ändern.

Text: Christian Eckerlein, Kampagnenverantwortlicher faire Arbeit, Fotos: Saobora Narin, Fairpicture

Nach einem langen Erntetag macht sich Irfan Anwar* bereit für seine Schicht als Nachtwache. Er soll Elefanten von der Palmölplantage fernhalten. Sieben Stunden lang; am Morgen geht es wieder zum Ernten. Um doch etwas Schlaf zu erwischen, hat er Geräuschsensoren installiert. Läuft ein Elefant vorbei, wird Irfan Anwar aufgeweckt und kann den ungebetenen Gast vertreiben. Viel lieber würde er die Nacht bei seiner Familie verbringen, aber mit einem regulären Arbeitspensum von 45 Stunden pro Woche verdient er gerade einmal die Hälfte des Mindestlohns.

Rechtlose Situation dient der Industrie

In einer ähnlichen Situation wie Irfan Anwar sind hunderttausende undokumentierte Arbeitsmigrant*innen. In der Hoffnung auf ein gutes Ein-

kommen reisen sie – meist aus Indonesien und den Philippinen – nach Sabah und bilden das Rückgrat der dortigen Palmölindustrie. Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass Arbeitsmigrant*innen etwa 80 Prozent der halben Million Arbeiter*innen auf malaysischen Plantagen ausmachen.

Malaysia ist mit 19 Millionen Tonnen das zweitgrösste Produktionsland von Palmöl; ein Grossteil davon stammt aus Sabah. Dass viele Migrant*innen keine offizielle Arbeitsbewilligung haben, ist vom Staat und den Palmölfirmen gewollt: Das Gesetz legt fest, dass lediglich eine Arbeitsmigrant*in pro acht Hektaren Fläche (ca. elf Fussballfelder) beschäftigt werden darf, was völlig unrealistisch ist. Ausserdem ist es kompliziert und teuer, eine Arbeitsbewilligung zu erhalten. So stellen viele

*Die Arbeiterin Phat Sam Ath hievt
Palmölfrüchte in einen Wagen, der die
Ernte zur Mühle fährt.*

Firmen undokumentierte Migrant*innen ein. Ohne legalen Status sind diese mehrfach benachteiligt: Sie haben keinen Zugang zum Gesundheitssystem,

«Das Label für Nachhaltigkeit hat den Existenzlohn einfach aus den Kriterien gekippt.»

ihre Kinder dürfen nicht in die öffentliche Schule, nach regelmässigen Razzien auf den Plantagen landen manche unter schlimmen Bedingungen in Abschiebungshaft. Die faktische Rechtlosigkeit öffnet zudem Tür und Tor für extreme Ausbeutung. Dies zeigt sich insbesondere auch bei den Löhnen.

Mindestlohn reicht nicht zum Leben

Obschon Sabah einen gesetzlich verankerten Mindestlohn von umgerechnet etwa 280 Franken hat, gibt es Plantagen, auf denen Arbeiter*innen deutlich weniger verdienen, auch wenn sie wesentlich mehr als 45 Stunden pro Woche arbeiten. Sie sind im Akkordlohn beschäftigt, die Bezahlung hängt also von der geernteten Menge und dem Abnahmepreis ab. So entfällt der Lohn bei Krankheit, wenn bei starkem Regen nicht geerntet werden kann, oder wenn die Arbeiter*innen sich vor einer Razzia der Einwanderungsbehörden verstecken müssen, um nicht in Abschiebehaft zu landen. Die Löhne variieren auch je nach Plantage und Funktion stark. Irfan Anwar verdient mit seinem Vollzeitpensum als Erntearbeiter umgerechnet etwa sechs Franken pro Tag und kommt mit einem regulären Arbeitspensum auf einen Monatslohn von 150 Franken. Zum Vergleich: Der Medianlohn in Sabah beträgt knapp 340 Franken.

Ihr Überleben sparen sich die Arbeiter*innen buchstäblich vom Mund ab: Dabei bräuchten sie für die harte körperliche Arbeit zusätzliche Kalorien. Weil das Geld nicht bis zum Ende des Monats reicht, verschulden sich die meisten ausserdem in den Läden auf der Plantage. Dort sind die Lebensmittel teurer als in den nächstgrösseren Orten. Doch Undokumentierte können das Risiko nicht auf sich nehmen, die abgelegenen Plantagen zu verlassen, um einzukaufen.

Greenwashing statt Nachhaltigkeit

Bisher gibt es keine zuverlässigen Studien über die Höhe eines Existenz sichernden Lohns im Palmölsektor. Dies erstaunt umso mehr, als das weltweit bedeutendste Nachhaltigkeitslabel für Palmöl, «Roundtable On Sustainable Palm Oil» (RSPO), die Bezahlung eines Existenzlohns seit über 15 Jahren als Zertifizierungskriterium vorsieht, jedoch ohne seine Höhe in den verschiedenen Anbaugebieten festzulegen. 2018 verkündete der RSPO, dazu Pilotstudien durchführen zu wollen – veröffentlicht wurden jedoch bis anhin keine. Schlimmer noch: Der Entwurf der neuen RSPO-Standards aus dem Jahr 2023 sieht die Bezahlung eines Existenzlohns nicht mehr vor. Verlangt wird lediglich die Bezahlung des Mindestlohns, der aber meist nicht zum Leben reicht. Die Pilotstudien wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Immer wieder hapert es beim RSPO bei der Umsetzung der Standards. Dass nun der Existenzlohn gar komplett aus den Kriterien gekippt wurde,



Der 50-jährige Plantagenarbeiter Theng Makara schneidet Früchte von einer Palme.

ist eine Bankrotterklärung. Offensichtlich kann oder will das Label, das mehrheitlich von den Grosskonzernen der Palmölindustrie kontrolliert wird, die Probleme in der Lieferkette nicht lösen. Das heisst für die Schweiz, in der nahezu alles Palmöl RSPO-zertifiziert ist: Die Kontrolle der Nachhaltigkeit darf nicht allein einem Label überlassen werden, das von den Konzernen dominiert wird. Damit Irfan Anwar nach seiner anstrengenden Tagschicht nicht noch eine Nachtwache schieben muss, um über die Runden zu kommen.

* Name geändert

HUNGERNDE ARBEITER*INNEN UND ARBEITENDE KINDER

Die Situation in der Lederindustrie und die grassierende Kinderarbeit zeigen, dass es in Bangladesch dringend einen Existenzlohn braucht.

Text: Muhammad Amanullah, Landeskoordinator für Bangladesch, Kamrul Ahsan, Projektmanager in Bangladesch, Fotos: Solidar Suisse und Taslima Akhter, Fairpicture



Ria Moni (zweite von rechts) trocknet Fisch, obwohl sie lieber zur Schule gehen würde.

Ria Moni ist acht Jahre alt und sieht die Sonne häufiger als ihre Spielkamerad*innen. Die harten Strahlen begleiten Ria beim Trocknen von Fisch den ganzen Tag über. Bildung hingegen ist ein seltener Luxus, gestohlene Momente im Tagesablauf. Ihre Finger sind flink und geübt, sie verrichten diese Arbeit, seit Ria laufen kann. Der stechende Geruch von getrocknetem Fisch hat ihre Kleidung und ihre Haare seither nicht mehr verlassen. Ähnlich wie Ria ergeht es vielen Kindern in Bangladesch. Denn Kinderarbeit ist nach wie vor weitverbreitet: Laut dem National Child Labour Survey von 2022 arbeiten von knapp 40 Millionen Kindern im Alter von 5 bis 17 Jahren über 1,7 Millionen, eine Million ist sogar zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit gezwungen – zum Beispiel in der Trockenfisch- und Metallindustrie.

Warum dies so ist, lässt sich am Beispiel der Lederindustrie zeigen: Die meisten Arbeiter*innen erhalten nicht einmal den 2018 eingeführten ge-

setzlichen Mindestlohn von umgerechnet 108 Franken. Dieser reicht kaum zum Überleben, geschweige denn für ein würdiges Leben.

Mindestlohn nicht einmal halb so hoch wie der Existenzlohn

Die Schätzungen zur Höhe eines Existenz sichernden Lohns für Gerbereiarbeiter*innen gehen auseinander: Das Bangladesh Institute of Labour Studies schätzt ihn für die Hauptstadt Dhaka auf etwa 267 Franken, die Asia Floor Wage Alliance auf 400, die Global Living Wage Coalition auf 200 Franken.

Bei allen Schätzungen ist der Existenzlohn also doppelt bis viermal so hoch wie der Mindestlohn. So können es sich viele Arbeiter*innen nicht leisten, Medikamente zu kaufen, und sie schieben ihre medizinische Versorgung auf, was zu unbehandelten Krankheiten führt. «Wir haben kaum genug zu essen, schlafen in ungesunden überfüllten Räumen

und leiden an Krankheiten und Unterernährung. Wir kämpfen ums Überleben», beschreibt Gerbereiarbeiter Ratan Begum die Situation seiner Familie. Viele sind deshalb auf zusätzliche Geldquellen angewiesen, um über die Runden zu kommen – ein Grund dafür, dass viele Kinder wie Ria Moni zum Familieneinkommen beitragen müssen.

In die Fabrik statt zur Schule

Neben den tiefen Löhnen führen auch diskriminierende soziale Strukturen dazu, dass arme Familien ihre Kinder zur Arbeit statt zur Schule schicken. «Wir haben oft nicht genug zu essen», sagt Ria Moni. «Ich würde gerne zur Schule gehen, aber dafür habe ich keine Zeit.»

Im Dezember 2023 zeigte eine Studie von Solidar Suisse, dass in Cox's Bazar und Chattogram rund 80 Prozent der Eltern von arbeitenden Kindern wegen der Folgen des Klimawandels migriert sind. Fast die Hälfte der Kinder schliesst die Primarschule nicht ab, den vereinbarten Lohn erhalten sie häufig

«Ich würde gerne zur Schule gehen, aber dafür habe ich keine Zeit.»

nur zum Teil oder gar nicht. Im Trockenfischsektor stellen Kinder 14 Prozent der Arbeiter*innen. Sie arbeiten durchschnittlich 60 Stunden pro Woche und verdienen 16 Franken im Monat.

Tiefer Lohn gefährdet die Qualität

Im Ledersektor wiederum wurde der seit 2018 geltende Mindestlohn nie eingeführt. Nun hat die Regierung einen fünfköpfigen Lohnausschuss einberufen, der einen neuen Mindestlohn festlegen soll. «Dort sitzt jedoch niemand aus der Belegschaft», kritisiert Abul Kalam Azad, Präsident der Gewerkschaft der Gerbereiarbeiter*innen Tannery Workers Union (TWU). Er fordert, dass ein Mitglied der Gewerkschaft darin Einsitz nehmen kann. Ausserdem sollen die sozialen und Umweltschutzstandards erfüllt sowie die Mutterschaftsvorsorge und Arbeitssicherheit gewährleistet werden.

Leder ist das zweitwichtigste Exportprodukt von Bangladesch, das drei Prozent zur weltweiten Produktion beiträgt. Und die Regierung möchte die Exporteinnahmen steigern. Doch die Qualität wird durch die schlechten Arbeitsbedingungen beeinträchtigt. «Auch deshalb müssen Fabrikbetreibende



Gerbereiarbeiter in Bangladesch verdienen nicht einmal die Hälfte des Existenzlohns.

und Gerbereiarbeiter*innen an einem Strick ziehen», meint TWU-Generalsekretär Abdul Malek.

Die TWU will, dass der Mindestlohn auf 200 Franken erhöht wird, was eigentlich immer noch zu wenig ist: «Wir brauchen einen Lohn von mindestens 240 bis 280 Franken, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu decken», sagt Gerbereiarbeiterin Nasima Akhter. «Ein Living Wage ist die Voraussetzung für ein würdiges Leben, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität.»

Bildung statt Arbeit für Kinder

Um zur Abschaffung der Kinderarbeit beizutragen und die Situation der arbeitenden Kinder zu verbessern, bietet Solidar Suisse Schulzentren für Kinder unter 14 Jahren an und unterstützt deren Familien, eine alternative Existenzgrundlage aufzubauen. Für über 14-Jährige schaffen wir Zugang zur Berufsbildung. Ausserdem wird das Bewusstsein für die Problematik gefördert. Denn Kinder wie Ria Moni sollen sich Bildung nicht länger stehlen müssen.



Ihre Spende wirkt

50 Franken finanzieren fünf Kindern eine Schuluniform und die Unterrichtsmaterialien für ein Semester. Mit 75 Franken können ein Werkzeugkasten und eine Nähmaschine gekauft werden, um die praktischen Fähigkeiten der Schüler*innen zu fördern. 100 Franken ermöglichen die täglichen drei Schulmahlzeiten für 30 Kinder.

MADE IN EUROPE GENÜGT NICHT

Das Beispiel Bosnien zeigt: Auch in Europa sind Existenz sichernde Löhne keine Selbstverständlichkeit.

Text: Emir Fazlovic, Projektleiter in Bosnien und Herzegowina, Foto: Solidar Suisse

Der Mindestlohn in Bosnien und Herzegowina beträgt 315 Euro. Wer schon einmal in Sarajevo war, weiss, dass das auch hier bei weitem nicht zum Leben reicht. Der von den Gewerkschaften berechnete Preis für den Warenkorb einer vierköpfigen Familie beträgt 1480 Euro, also fast das Fünffache. Dennoch erhalten viele Bosnier*innen für einen Monat harte Arbeit keinen Cent mehr. Zum Beispiel in der Textil- und Schuhindustrie, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Schlüsselsektor des sozialistischen Jugoslawien. Auch heute fertigen in Bosnien und Herzegowina noch 20 000 Arbeiter*innen Schuhe und Kleider, hauptsächlich für den europäischen Markt. Doch die Blütezeit ist vorbei, und der Druck auf die Produktionskosten im globalen Konkurrenzkampf ist immens, sodass auch gut qualifizierte Arbeiter*innen lediglich den Mindestlohn erhalten.

Die Arbeiter*innen kennen ihre Rechte nicht

Die Gewerkschaften sind schwach, viele der Textilarbeiter*innen kennen ihre Rechte kaum und können sich nicht gegen ihre Ausbeutung wehren. «Wir lassen viel zu viel mit uns machen», sagt Zekira Nadžak, die seit zehn Jahren in der Schuhfabrik Alpina in Sarajevo arbeitet. Um dies zu ändern, hat Solidar Suisse Ende letztes Jahr die «Labor Rights

Academy» lanciert. Zunächst wurde 100 Arbeiter*innen das Einmaleins der Arbeitsrechte vermittelt. In einer zweiten Phase werden 15 besonders motivierte Arbeiter*innen aus 15 Fabriken ausgebildet und gecoacht, damit sie an ihrem Arbeitsplatz der Ausbeutung etwas entgegensetzen können. Die «Labor Rights Academy» wird in enger Zusammenarbeit mit der Branchengewerkschaft durchgeführt und soll deren Strukturen längerfristig stärken. Die gemeinsame Durchführung mit dem Olof Palme International Center, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der schwedischen Gewerkschaft Unionen und der globalen Gewerkschaft IndustriAll garantiert eine breite Abstützung und Expertise.

Gemeinsam Veränderungen bewirken

Zekira Nadžak ist eine der Akademieteilnehmerinnen. Mit ihrer langjährigen Berufserfahrung geniesst sie bei Kolleg*innen wie Arbeitgebenden Respekt. Sie teilte von Beginn weg ihr neues Wissen mit so viel Engagement und Überzeugung in der Fabrik, dass sie dort als erste Frau zur Gewerkschaftsführerin gewählt wurde. Dank ihrem geschickten Umgang mit den Medien wurde sie in kurzer Zeit zu einer bekannten Figur in der bosnischen Gewerkschaftsszene. Nadžak ist besorgt darüber, dass nur etwa 30 Prozent der Textilarbeiter*innen einer Gewerkschaft angehören. «Wir müssen zusammenstehen, damit sich die Bedingungen in unseren Fabriken verbessern», meint sie. «Das Projekt hat mir die Augen geöffnet. Die Zeit der Duldsamkeit ist vorbei! Der aktuelle Fachkräftemangel ist eine Gelegenheit, die Spielregeln zu ändern.» Und diese Chance will Zekira Nadžak gegen alle Widerstände nutzen: «Auch wenn die Arbeitgebenden in der jüngsten Vergangenheit offener geworden sind für die Anliegen der Arbeiter*innen, ist das Ziel eines Existenzlohns in weiter Ferne. Aber ich bin entschlossen, das zu ändern!»

Zekira Nadžak in der Schuhfabrik Alpina, wo sie sich auch für bessere Bedingungen engagiert.





KEINE SICHERHEIT FÜR NIEMAND

Indira Gartenberg, Verantwortliche für das Solidar-Asienprogramm für faire Arbeit, und Igshaan Schroeder vom südafrikanischen Casual Workers Advice Office haben sich kürzlich zu einem Austausch getroffen.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin der Solidarität

Was sind die Hauptprobleme in einem zunehmend von informeller Arbeit dominierten Markt?

Igshaan Schroeder: Fehlende soziale Sicherheit, schlechte Arbeitsbedingungen, keine traditionellen Formen der Organisation. Mal gibt es keine Arbeit, mal massive Überzeit. Auch die Bedingungen von Festangestellten sind zunehmend unsicher; so wird vielen keine volle Arbeitswoche mehr garantiert, bezahlt sind nur die geleisteten Stunden.

Indira Gartenberg: In Südostasien arbeiten 85 bis 90 Prozent informell, auch in Fabriken, Büros und der Plattform-Ökonomie. Die wachsende Zahl von Menschen mit null Schutz ist schlicht auf gegenseitige Solidarität angewiesen. Sie organisieren sich, auch wenn Gesetze die Bildung von Gewerkschaften behindern. Das finde ich ermutigend.

Schroeder: Informelle Arbeiter*innen sind zunehmend selbstbe-

wusst. Sie organisieren sich auch für das Wohnen und gemeinschaftliche Strukturen und lehnen die traditionellen Organisationsformen ab, weil korrupte Anführer*innen sich von der Basis entfernt haben. Aber ich möchte es nicht romantisieren: Informell Arbeitende zu organisieren, ist schwierig.

Wie unterstützt ihr sie?

Schroeder: Es gibt immer mehr Arbeiter*innen, die nicht wissen, wo sie morgen arbeiten werden. Bei Arbeitskämpfen fehlen ihnen sogar die Mittel für die Fahrt zum Gericht. Wir bieten ihnen Informationen zu Arbeitsgesetzen und ihren Rechten und unterstützen sie dabei, dies über Social-Media-Kanäle zu verbreiten.

Gibt es Genderunterschiede?

Gartenberg: Frauen sind in schlecht bezahlten Jobs überver-

treten und haben es schwerer, Karriere zu machen. Gleichzeitig sind ihre Lebenshaltungskosten höher. Hausangestellte in Indien müssen für Wasser viel mehr bezahlen als die Mittelklasse, weil die Versorgung in den Armenvierteln mafiamässig organisiert ist. Diese Frauen brauchen einen Existenzlohn, der für mehr reicht als das nackte Überleben.

Ist ein Existenzlohn für informell Arbeitende möglich?

Gartenberg: Im informellen Sektor erhält ihn niemand. Wenn es hochkommt, reicht der Lohn für Essen, Unterkunft und Kleider. Menschen brauchen aber auch Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Ruhezeiten. Unsere Länder waren bis vor nicht allzu langer Zeit Kolonien, das Wirtschaftsmodell bleibt extraktivistisch, sei es bei Palmöl oder Textilien, nur profitieren jetzt sowohl der Globale Norden als auch die Eliten im Globalen Süden.

Schroeder: Auch die Armen haben das Recht auf ein soziales und kulturelles Leben.

Was hat euch an eurem Austausch inspiriert?

Gartenberg: Unsere Partnerorganisationen probieren gerne Neues aus und sind mit verschiedenen Bewegungen vernetzt. Das ist wichtig in Asien, wo der Spielraum der Zivilgesellschaft in vielen Ländern immer enger wird, und die Gewerkschaften sich häufig auf die Seite der Regierung schlagen. Manchmal erfahren die Arbeiter*innen erst an solchen Treffen, dass die Situation im Nachbarland ganz ähnlich ist. Mit Plattformen können sie den Austausch weiterführen und die Kanäle offenhalten, auch wenn die Gesetze verschärft werden. Diese wichtige Unterstützung können wir bieten.



Foto: SARD

EIN JAHR NACH DEM ERDBEBEN

Beim Jahrhundert-Erdbeben in der Türkei und in Syrien im Februar 2023 haben fast 30 Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verloren. Solidar Suisse hat mit Partnerorganisationen sofort Nothilfe geleistet, vor allem für benachteiligte Menschen. Viele sind jedoch bis heute nicht zu ihrem normalen Leben zurückgekehrt. Deshalb entwickeln wir mit unserer Partnerorganisation SARD ein neues Projekt in Adiyeman, einer abgelegenen Provinz im Südwesten der Türkei, wo kaum Unterstützung ankommt. Die Menschen erhalten beispielsweise Nutztiere, damit sie ihre Lebensgrundlage zurückgewinnen. Davon profitieren insbesondere Haushalte, die bereits vor den Beben benachteiligt waren.

Sehen Sie in einem kurzen Video, wie es den Menschen heute geht (QR-Code links).

WERDEN SIE TEIL UNSERER BEWEGUNG FÜR SOLIDARITÄT

Am Donnerstag, 23. Mai, findet die jährliche Generalversammlung von Solidar Suisse statt. Nehmen Sie teil und erfahren Sie, was unsere Unterstützung der Überlebenden des Erdbebens in der Türkei und in Syrien bewirkt hat. Unsere Generalversammlung ist nicht nur eine Gelegenheit, um über Erfolge und aktuelle Herausforderungen zu sprechen – sie ist auch eine Chance, ein aktiver Teil von Solidar Suisse zu werden. Nur gemeinsam mit engagierten Menschen können wir etwas gegen extreme Ungleichheit und für die am meisten betroffenen Menschen weltweit unternehmen. Wir freuen uns auf Sie!

23. Mai, 18 Uhr, Volkshaus Zürich



Bild: Spinas Civil Voices

SOLIDAR-UMFRAGEN ZEIGEN GROSSE ZUSTIMMUNG

Umfragen bei Solidar-Spender*innen und den Leser*innen der Solidarität der letzten Monate zeigen, dass unsere Unterstützer*innen mit den Schwerpunkten unserer Arbeit übereinstimmen: Fast alle Antwortenden finden den Kampf gegen Ungleichheit wichtig. Sie schätzen es, dass wir uns gegen Ungerechtigkeiten jeder Art einsetzen, und sind froh, sich zusammen mit uns dagegen engagieren zu können. 77 Prozent der Leser*innen spricht das Magazin «Solidarität» visuell und inhaltlich an, und fast 70 Prozent schätzen unsere Schwerpunktnummern. Am besten hat die Nummer zu globalen Wertschöpfungsketten gefallen, in der es darum ging, wie wichtig ein nachhaltiger Konsum für die Arbeitsbedingungen im Globalen Süden ist.



Foto: Solidar Suisse

ERDBEBEN, KRIEGE, KRISEN: EIN HERAUSFORDERNDES 2023

Nach einem erschütternden Start hat Solidar letztes Jahr viel bewirkt, wie unser frisch gedruckter Jahresbericht zeigt. Über 25 Millionen Franken wurden in die Projektarbeit investiert.

Text: Benjamin Gross, Leiter Marketing und Kommunikation

In den Erzählungen von Mitarbeitenden und Partner*innen wie Fares Alsaleh, Mais Abdelraheem und Talha Paksoy kommt im Jahresbericht beispielhaft zum Ausdruck, was Solidar Suisse 2023 beschäftigte und was erreicht wurde. Die 20 Seiten geben einen spannenden Einblick, was das grosse Engagement der 180 Mitarbeiter*innen weltweit bewirkt.

Neue und vergessene Krisen

So traf das verheerende Erdbeben in der Türkei und Syrien auf eine Bevölkerung, die bereits unter Kampfhandlungen und politischer Unterdrückung litt. Gleichzeitig ging der Krieg in der Ukraine das ganze Jahr über mit unverminderter Härte weiter und damit auch unsere Unterstützung für die vertriebenen Menschen.

Unser Jahresbericht thematisiert aber auch die menschlichen Tragödien abseits der medialen Aufmerksamkeit. Die Wirkung langfristiger Projekte zeigt das Engagement in Moçambique, wo wir nachhaltige Veränderungen dank der aktiven Beteiligung der Bevölkerung erzielten. Mit der Unterstützung von 215 Initiativen der Zivilgesellschaft stärkten wir weltweit die demokratische Gemeinschaft und die Selbstbestimmung. Präventionsmassnahmen sorgen ausserdem dafür, dass zum Beispiel in Bangladesch Menschen vor den Auswirkungen zukünftiger Katastrophen besser geschützt sind.

Nur dank Ihnen möglich

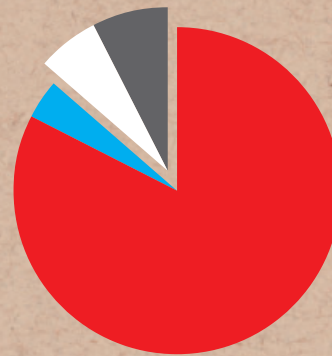
Ohne die überwältigende Solidarität und Grosszügigkeit unserer Mitglieder, Spenderinnen und institutionellen Geldgeber wäre es nicht möglich gewesen, über 25 Millionen Franken in lebensrettende und langfristig wirkende Projekte und Initiativen zu investieren. Herzlichen Dank dafür!



Den vollständigen Jahresbericht
finden Sie unter:
solidar.ch/jahresbericht

Mittelverwendung

2023 hat Solidar Suisse 86,6 Prozent der Gelder in Programme in den Bereichen Humanitäre Hilfe, Internationale Zusammenarbeit und Kampagnenarbeit investiert.



- Programm International* 82,6 %
- Kampagnen 4,0 %
- Administrativer Aufwand 5,9 %
- Fundraising 7,5 %

* Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe inkl. Programmbegleitung

Aufwand pro Kontinent (in CHF)





DER WALD IST UNSER REICHTUM

Delmy Argota engagiert sich in einem Solidar-Projekt in Bolivien dafür, dass der Regenwald nachhaltig genutzt und erhalten wird.

Text und Bild: Guimer Zambrano, Verantwortlicher Kommunikation in Bolivien

«Eines Tages werde ich sein wie sie», dachte Delmy Argota als kleines Mädchen über die Mitarbeiter*innen der Entwicklungsorganisation in ihrem kleinen Dorf. Heute, mehr als zwei Jahrzehnte später, trägt sie als Kommunikationsverantwortliche des Solidar-Projekts «Bionegocios Guarayos» zum Erhalt eines der wichtigsten Waldreservate Boliviens bei.

Shampoos und wilder Kakao

Das Projekt stärkt die nachhaltige Produktion der indigenen Gemeinschaften im Waldreservat Guarayos, ein Gebiet mit einer Fläche von mehr als einem Drittel der Schweiz. Sie stellen Öl, Kakao, Shampoos, Kunsthandwerk aus Palmblättern und holzgeschnitzte Ornamente her. Mit der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen tragen sie zum Erhalt des Waldes bei. Mit Slogans wie «Der Wald ist unser Reichtum» sensibilisiert Delmy Argota in Radio und Fernsehen sowie auf Social Media für dessen nachhaltige Nutzung: «Ich möchte die Bedeutung des Waldes für das Leben der Menschen vermitteln. Früher wurde hier gejagt und gefischt. Wir versuchen, diese Praktiken wiederzubeleben», sagt die 30-Jährige.

Delmy Argota verliess Tigüipa, ihr 1100 Kilometer von der Hauptstadt La Paz entferntes Heimatdorf im

bolivianischen Chaco, bereits nach der Primarschule. In der nächstgelegenen Stadt besuchte sie das Gymnasium und wurde Schulbeste – die Voraussetzung, um ein Universitätsstipendium zu erhalten. Dafür ging sie nach Santa Cruz, die grösste Stadt des Landes. Die junge Frau aus der Provinz liess sich von der Zwei-Millionen-Stadt nicht blenden: «Wenn meine Klassenkameraden einen Hamburger holten, vermisste ich den Quesillo und das Rührei mit Mais meiner Mutter», erzählt sie. «Sogar die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, musste ich erst lernen.»

Zurück ins Heimatdorf

Sie entschied sich für den Studiengang «Soziale Kommunikation» wegen seiner Nähe zu den Menschen. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie am Wochenende in einem Supermarkt, sie schrieb Hausarbeiten für ihre Mitstudent*innen und half bei audiovisuellen Produktionen aus. Eine Bedingung für die Ausbildung an ihrer Privatuniversität war, dass sie an ihren Herkunftsort zurückkehrt, um das Gelernte dort einzusetzen. Und das tat sie: Delmy Argota, die gerne Fussball spielt, arbeitete acht Monate als Koordinatorin für Jugendaktivitäten in einem Dorf. Nach mehreren befristeten Anstellungen bei Entwicklungsorganisationen

Delmy Argota ist überzeugt, dass der Konsum verantwortungsvoller werden muss, um die Ausbeutung von Menschen und Pflanzen im Regenwald zu verhindern.

bewarb sie sich 2021 auf eine Stelle zur Förderung von Umwelthanliegen bei Solidar Suisse. Sie war die jüngste Bewerberin, aber ihre Fähigkeiten, ihr Charisma und ihr Wunsch, sich für Menschen einzusetzen, gaben den Ausschlag. «Um Ausbeutung zu verhindern, sollte der Konsum verantwortungsvoller werden, von nachhaltig produzierten Lebensmitteln bis zu zertifiziertem Holz», findet Delmy Argota. Sie wohnt

«Ich möchte die Bedeutung des Waldes für das Leben der Menschen vermitteln.»

mit ihren drei jüngeren Geschwistern zusammen und versucht, die Produktionsketten rückverfolgbar zu machen. Denn die Städter*innen sollen wissen, dass ihr Einkauf bei indigenen Gemeinschaften zum Erhalt des Waldes beiträgt.

Jugendliche engagieren sich

Das Projekt bietet auch Räume, in denen die Teilnehmenden künstlerische Fähigkeiten vertiefen und Darbietungen zu Themen rund um die nachhaltige Nutzung des Waldes entwickeln können. Delmy Argota hat kürzlich eine Kunstkarawane organisiert, bei der Wandbilder gemalt und Theaterstücke aufgeführt wurden. Es stimmt sie zuversichtlich, dass sich viele junge Menschen mit grossem Engagement und Kreativität daran beteiligen. Sie möchte sich weiter auf Umweltschutz spezialisieren und dazu einen Aufbaustudiengang absolvieren. Denn sie ist bei «Bionegocios Guarayos» zur Überzeugung gelangt, dass der beste Weg zur Erhaltung der Waldgebiete darin besteht, die Menschen vor Ort bei der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen zu unterstützen und ihnen Vermarktungswege zu eröffnen. «Ich träume davon, dass die Unternehmen in ganz Bolivien und über die Grenze hinaus bekannt werden und Erfolg haben. Denn so kann die Lebensqualität der lokalen Familien verbessert werden. Das ist die beste Garantie dafür, dass sie den Wald erhalten», sagt sie lächelnd.

Wenn Delmy Argota die indigenen Gemeinden von Guarayos besucht, erinnert sie sich an das kleine Mädchen, das im fernen Tigüipa die Arbeit der «Entwicklungshelfer*innen» bewunderte, und hofft, dass ihre Arbeit die Kinder ebenfalls inspiriert.

Carlo Sommaruga
Solidar-Präsident



Existenz sichernde Löhne – auch in der Schweiz

Alle Menschen haben gemäss Artikel 23 der Uno-Menschenrechtskonvention ein Anrecht auf ein Existenz sicherndes Einkommen. Nicht erfüllt ist dieses Recht für die vielen Working Poor in den Projektländern von Solidar Suisse. Ihr Lohn reicht bei weitem nicht für ein würdiges Leben: also genug zu essen, Wasser, eine Wohnung, Kleidung, Transportmöglichkeiten, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Deshalb kämpft Solidar Suisse weltweit gemeinsam mit Gewerkschaften, Frauen- und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen für Löhne, die zum Leben reichen.

Auch hier in der Schweiz blicken wir auf mehr als hundert Jahre Kampf für faire Löhne zurück. Gegen Mindestlöhne wehren sich neoklassische Ökonomen, Arbeitgeber und rechte Parlamentarier*innen, die sich sogar gegen Volksabstimmungen stellen. Sie bekämpfen Living Wages mit den folgenden Argumenten: Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze, unterwandern die Sozialpartnerschaft und vermindern die Anreize für Berufslehren. Während ein schweizweiter Mindestlohn vor über zehn Jahren an der Urne gescheitert ist, haben mittlerweile fünf Kantone und zwei Grossstädte aufgrund von Volksinitiativen einen Mindestlohn eingeführt, so auch mein Heimatkanton Genf. Bisher traten keine negativen Folgen ein. Im Gegenteil, die Mindestlöhne führten zu höheren Löhnen für Wenigverdienende, ohne dass Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Das zeigt, dass Solidar Suisse zu Recht faire Löhne als Weg gegen die Armut und Ungleichheit fordert.

				8		6	5	
6	3				7			8
	1					4		
		9	2	6			8	
		4	5		8	9		
	5			3	1	7		
		3					4	
4			6				7	5
	8	6		4				

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3x3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=G, 2=I, 3=W, 4=N, 5=A, 6=V, 7=L, 8=E

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Ein Pfännchen für türkischen Kaffee
- 2. Preis** Ein Münzportemonnaie aus dem Women Crisis Center in Kambodscha
- 3. Preis** Ein silbernes Buchzeichen aus Bolivien

Einsendeschluss ist der 15. Juni 2024. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Solidarität 3/2024 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in der Solidarität 1/2024 lautete «Demokratie». Luc Recordon aus Lausanne hat ein Täschchen des Women Crisis Center in Kambodscha, Vera Bay aus Allschwil einen Beutel aus Burkina Faso und Eugen Schmid aus Ullisbach ein silbernes Buchzeichen aus Bolivien gewonnen.

Lösung:

MEDIENSCHAU



«Hunderttausende leben noch in Containern und Zelten»
srf, 6.2.2024

Erster Jahrestag des grossen Erdbebens in der Türkei und Syrien: Felix Gnehm von Solidar Suisse besuchte die Region. *Wie ist die Lage im Erdbebengebiet nach einem Jahr?* Das Ausmass der damaligen Beben hinterlässt auch nach einem Jahr einen grossen Eindruck. Zwar hat die Türkei die Spuren in gewissen Zonen schnell weggeräumt. Gleichzeitig geht es sehr vielen Menschen sehr schlecht, die bisher wenig Hilfe bekamen. *Woran fehlt es am meisten?* An einem Dach über dem Kopf. Hunderttausende von Menschen leben im Winter mit Kindern in schlecht isolierten Containern oder Zelten. (...) *Wie ist die Versorgungslage nach dem Beben im benachbarten Syrien?* Die Zerstörung in Syrien war geringer, weil im Gegensatz zur Türkei keine Megastädte betroffen waren. Doch angesichts des langen Bürgerkriegs sind die Bedürfnisse noch grösser. (...)



El Salvador: «Demonstrationen finden weiter statt, obwohl sie auf dem Papier nicht erlaubt sind»
Swissinfo, 30.1.2024

El Salvador wählt, obwohl seit zwei Jahren Ausnahmezustand herrscht. Die Regierung bekämpft so die Gewalt. Monika Hess vom Schweizer Hilfswerk Solidar Suisse erklärt, weshalb der Ausnahmezustand Frauen weiter gefährdet und was die Einschränkung der Grundrechte bedeutet. (...) *Wie schätzen Sie die Entwicklung von Grundrechten in El Salvador ein? (...)* Die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit sind unter Druck. Die Gewaltentrennung zwischen Politik und Justiz ist nicht mehr zu erkennen. Es kommt zu verfassungswidrigen Massnahmen (...). Die Entwicklung macht uns bei Solidar Suisse grosse Sorgen. Letztendlich schwächen diese Entwicklungen die Möglichkeit des Staates, die enormen Probleme wie Ernährungssicherheit, Klimawandel, Straflosigkeit und Gewalt anzugehen. Hier sehen wir wenig staatliches Investment, im Gegenteil.



Superreiche werden trotz Inflation und Krisen noch reicher
Cash, 15.1.2024

Die Krisen und Kriege der letzten Jahre haben die Schere zwischen Arm und Reich auf der Welt noch weiter auseinandergetrieben. Das geht aus einer Studie hervor, die die Entwicklungsorganisation Oxfam vor dem Start des Weltwirtschaftsforums in Davos GR veröffentlichte. Demnach haben die fünf reichsten Menschen der Welt – allesamt Männer – ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt. Gleichzeitig wurden fast fünf Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent, noch ärmer. (...) Solidar Suisse forderte angesichts der Entwicklung höhere Steuern für Reiche. (...) Auf diese Weise könnten in der Schweiz Steuereinnahmen von 41,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr generiert werden – Geld, das in den Klimaschutz, den Ausbau von Bildung und in die soziale Sicherheit fliessen könnte. Etwas mehr als 76 700 Menschen müssten in der Schweiz die Abgabe entrichten – 0,87 Prozent der Bevölkerung.

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten. Hier ein paar konkrete Vorschläge.

Spenden Sie einen Stundenlohn

Solidar Suisse kämpft in Südostasien an der Seite der Arbeiter*innen gegen Ausbeutung und extreme soziale Ungleichheit. Mit Ihrer Unterstützung bringen wir die unhaltbaren Zustände ans Licht und engagieren uns für den Schutz, die Rechte und die Würde der Arbeiter*innen. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam der extremen Ungleichheit etwas entgegensetzen!



SPENDEN

solidar.ch/stundenlohnspende

Quiz zum Existenzlohn

Wie stark unterscheiden sich Mindestlohn und Existenzlohn in asiatischen Ländern und wie stark in europäischen? Wie viel Prozent der Modeunternehmen bezahlen einen Living Wage? Wie hoch ist ein Existenzlohn in der Schweiz? Testen Sie Ihr Wissen zum Existenzlohn in unserem Quiz.



ZUM QUIZ

solidar.ch/quiz

Bleiben Sie mit Social Media auf dem Laufenden

Möchten Sie über unser Magazin hinaus über die Arbeit von Solidar Suisse informiert sein? Erfahren Sie, was uns täglich bewegt, indem Sie uns auf Social Media folgen. Auf Facebook, Instagram, LinkedIn oder Youtube haben Sie Zugang zu exklusiven Informationen, zu unseren Veranstaltungen sowie zu Bildern und Videos aus den Projekten. So sind Sie mittendrin und können direkt mit uns interagieren.



INFORMIERT SEIN

solidar.ch/some

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, solidar.ch
IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Benjamin Gross, Sylvie Kipfer, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, alingui
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Mattenbach AG, Technoramastrasse 19, 8404 Winterthur
Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–,

Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr).
Gedruckt auf umweltschonendem Recyclingpapier.

Rückseite Damit extreme Ungleichheit nicht die Welt zerreisst, braucht es Ihre Solidarität.
Bild: Spinas Civil Voices



EXTREME UNGLEICHHEIT: SO SIEHT'S AUS.

Mehr dazu:



Rund zwei Dutzend Milliardäre besitzen gleich viel Vermögen wie fast vier Milliarden Menschen. Das ist nicht nur unfair, sondern auch gefährlich. Damit extreme Ungleichheit nicht die Welt zerreisst, braucht es jetzt Ihre Solidarität.

Kämpfen Sie mit für globale Fairness? solidar.ch



SOLIDAR
SUISSE